

Keine Kopfsteuer für EL-Bezüger

Motion Eine pauschale Kopfsteuer statt reguläre Besteuerung für Empfängerinnen und Empfänger von Ergänzungsleistungen (EL): Diese Forderung richtete der ehemalige GLP-Kantonsrat Hanspeter Heeb (Romanshorn) an die Regierung. Sein Argument: weniger Aufwand für die Steuerverwaltung und für die Betroffenen. Der Grosse Rat lehnt die Motion überdeutlich mit 105 Nein zu 7 Ja ab. Mit der Kopfsteuer würden EL-Beziehende bevorteilt gegenüber Personen, die dasselbe Einkommen ohne EL erzielen, sagt Hermann Lei (SVP, Frauenfeld): «Diese Ungleichbehandlung darf nicht geschaffen werden.» (ste)

Steuer soll in fünf Jahren fallen

Liegenschaften Der Frauenfelder EDU-Kantonsrat Christian Mader beantragt am Mittwoch die Abschaffung der Liegenschaftsteuer per 2027 statt 2029: «Es ist nicht nachvollziehbar, dass wir damit eine ganze Legislatur warten.»

Die Liegenschaftsteuer vor der Einführung der neuen Steuersoftware abzuschaffen, würde Programmierarbeiten in Millionenhöhe erfordern, sagt Finanzdirektor Urs Martin: «Das wäre volkswirtschaftlicher Unsinn.» Der Grosse Rat folgte seinem Argument und lehnt Maders Antrag mit 103 Nein zu 12 Ja ab. (ste)

Ab 25 erwachsen – auch im Thurgau

Sozialhilfe Das Parlament tritt am Mittwoch nur auf eine der acht Forderungen in der Sozialhilfe-Motion von Erstunterzeichnerin Brigitta Engeli (Grüne, Kreuzlingen) ein: Die Thurgauer Sozialhilfverordnung soll dahingehend geändert werden, dass Personen nur noch bis 25 statt wie bisher bis 30 als junge Erwachsene gelten. (ste)

Gsaat isch gsaat

«Da bin ich doch auf dem Gang zum Rednerpult tatsächlich über ein Taschentuch gestolpert.»

Fabrizio Hugentobler (FDP, Frauenfeld) wird vor seinem Votum zum Littering direkt mit dem Problem konfrontiert.

«Ich muss aufpassen, dass ich nicht nervös werde, wenn eine so hohe Mandatsträgerin auf der Tribüne sitzt.»

Oliver Martin (SVP, Leimbach) zu Ständerätin Brigitte Häberli, die auf der Zuschauertribüne Platz genommen hat.

«Ich helfe nicht mit, unsere Sprache gendernd zu zerstören.»

Peter Schenk (EDU, Zihlschlacht) verzichtet konsequent auf geschlechtsneutrale Sprache. (ste)

300 Franken für den Zigi-Stummel

SVP-Kantonsrätin Judith Ricklin bringt ihre Forderung nach härteren Litteringstrafen im Parlament durch.

Stefan Marolf

Das Wort «Kavaliersdelikt» fällt in der Grossratssitzung am Mittwoch mindestens dreimal – von drei unterschiedlichen Parteien. Littering sei kein solches, sind sich die Tägerwiler EVP-Kantonsrätin Christina Fäsi, der Eschliker Grünen-Kantonsrat Bernhard Braun und die Kreuzlinger SVP-Kantonsrätin Judith Ricklin einig.

Zusammen mit drei Parteikollegen hat Ricklin vor einem knappen Jahr eine parlamentarische Initiative eingereicht. Die Forderung: 300 Franken Busse selbst für kleinste Vergehen wie einen weggeworfenen Kaugummi.

Der Grosse Rat unterstützte das Anliegen vorläufig, eine Spezialkommission arbeitete die Regelung genauer aus – und machte einen halben Rückzieher: Für den Kaugummi sollen es 150 Franken sein, für einen Zigi-Stummel oder eine Aludose aber weiterhin 300 Franken.

Liberaler und SP gegen höhere Bussen

Am Mittwoch ist selbst der abgespeckte Vorschlag noch umstritten. SP-Kantonsrätin Linda Hess (Steckborn) bezeichnet ihn als minimale Anpassung des Gesetzes ohne echte Auswirkung: «Die Problematik des Litterings bleibt bestehen.» Die Abstufung mit zwei verschiedenen Bussenhöhen sei zwar zu begrüssen, sagt der Weinfelder GLP-Kantonsrat Marcel Preiss. «Das ist aber schon alles. Die GLP sieht eine Bussenanpassung als nicht



Judith Ricklin, SVP, Kreuzlingen.

Bild: Andrea Tina Stalder



Marcel Preiss, GLP, Weinfelden.

Bild: Tobias Hug



Peter Schenk, EDU, Zihlschlacht.

Bild: Ralph Ribl



Dominik Diezi, Thurgauer Bau- und Umweltdirektor.

Bild: Andrea Tina Stalder

zielführend und ist überzeugt, dass Prävention der richtige Weg ist.»

Als Beleg für seine These nimmt Preiss den Kanton Aargau. Dort gibt es seit 2020 fixe 300-Franken-Bussen für Littering. In den ersten zwei Jahren nach der Einführung habe die Polizei 100 Bussen ausgestellt, in den letzten zwei Jahren noch sieben. «Man hat den Schwerpunkt verschoben, wollte weniger kriminalisieren und dafür mehr Prävention betreiben. Die Stadt ist deshalb nicht dreckiger geworden.» Ausserdem sei der Vollzug schwierig, weil Täter in flagranti erwischt werden müssten: «Wer wirft schon eine Bierdose auf die Strasse, wenn die Polizei in der Nähe ist?»

Die Maximalbusse soll rigoros umgesetzt werden

Der Frauenfelder FDP-Kantonsrat Fabrizio Hugentobler ist mit Preiss einverstanden. «Was nicht oder fast nicht umgesetzt werden kann, soll nicht ins Gesetz geschrieben werden.» Städte gäben Unmengen aus, um illegal entsorgte Abfälle zu besei-

tigen, für die Landwirtschaft sei Littering ein Ärgernis und für Tiere sogar lebensgefährlich, anerkennt Hugentobler zwar den Missstand, sagt aber: «Lösen wir mit höheren Bussen das Problem? Wir glauben es nicht.»

Vom Gegenteil überzeugt ist Eveline Bachmann. Die Frauenfelder SVP-Kantonsrätin hat schon im Oktober auf das Litteringproblem aus Bäuerinnen-sicht hingewiesen und sagt am Mittwoch: «Es ist richtig und sehr wichtig, dass Litteringbusse eine abschreckende Wirkung erhalten.»

Die Rechnung mit dem Nussbaumersee

Seit der Vorstoss im Oktober erstmals im Grossen Rat diskutiert wurde, habe sich am Problem nichts geändert, sagt Urs Schär (Langrickenbach), auch er SVP-Kantonsrat und Bauer: «Littering ist nach wie vor eine Sauerei und für Betroffene unverständlich.» Als Mitinitiant könne er damit leben, dass geringfügige Vergehen mit 150 statt 300 Franken gebüsst werden, aber: «Ich erwarte, dass in

allen anderen Fällen die Maximalbusse rigoros umgesetzt wird und Discountbussen im Thurgau ein für alle Mal verschwinden.»

Warum härtere Strafen für Litteringsünder aus seiner Sicht nötig sind, rechnet EDU-Kantonsrat Peter Schenk (Zihlschlacht) vor: Würden alle Raucherinnen und Raucher während ihres Lebens jeden Tag ein Päckli Zigi-Stummel wegwerfen statt richtig entsorgen, würden über eine Million Kubikmeter Wasser verschmutzt: «Das ist mehr als das Volumen des Nussbaumersees – hoffentlich ist meine Rechnung komplett falsch.»

Der Thurgau sehe litteringmässig zwar nicht wie Bangladesch aus – «darüber sind wir alle froh». Trotzdem müsse hingeschaut werden, denn: «Unser Enkel sollen in einer intakten Umwelt leben können.» Leider wüssten viele Leute nicht, wo der Abfall hingehöre, sagt Schenk, und spricht mit einem Satz wohl dem ganzen Parlament aus dem Herzen: «Es macht mich traurig, dass wir sol-

che Geschäfte überhaupt behandeln müssen.»

Wertewandel in der Kinderstube

Der zuständige Regierungsrat Dominik Diezi greift Schenks Votum auf und sagt: «In der Kinderstube hat ein Wertewandel stattgefunden. Die eigene Bequemlichkeit wird höher gewichtet als der Schutz der Umwelt.»

Die Mehrheit des Grossen Rates wolle ein Zeichen setzen, ihm sei es darum gegangen, der Verhältnismässigkeit Rechnung zu tragen, so Diezi. Das sei mit den 150 Franken Busse für leichte und 300 Franken Busse für schwere Vergehen gelungen: «Wir haben einen Kompromiss gefunden, den man auch aus straf- und verwaltungsrechtlicher Sicht unterstützen kann.»

Der Grosse Rat stimmt mit 80 Ja zu 41 Nein für Eintreten, die Erhöhung der Bussen ist damit so gut wie beschlossen. Regierungsrat Dominik Diezi mahnt zum Schluss: «Dass damit das Problem nicht gelöst ist, ist hier drin allen klar.»

Mit dem Velo an die Grossratssitzung



Aus allen Ecken des Kantons sind am Mittwochmorgen rund 30 Kantonsrätinnen und Kantonsräte mit E-Bike, Militärvelo und sogar Lastenrad nach Frauenfeld gefahren. «Ich hatte wohl den weitesten Anfahrtsweg», sagt Regierungsrat Urs Martin, der schon um 5.15 Uhr in Romanshorn in den Sattel steigen musste.

Bild: Stefan Marolf

Der Thurgau will Erasmus+ zurück

Bildung Seit mittlerweile zehn Jahren ist die Schweiz nicht mehr Vollmitglied bei Erasmus+, dem EU-Programm, das unter anderem den internationalen Studierenden-Austausch fördert. Geht es nach Grünen-Kantonsrat Simon Vogel (Frauenfeld), soll sich das schnellstmöglich ändern. Mit sechs weiteren Vorstösserinnen und Vorstössern fordert er eine Thurgauer Standesinitiative. Der Bundesrat solle dem nationalen Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorlegen.

Die Forderung ist in fast allen Fraktionen unbestritten. «Wenn man dieser Motion nicht zustimmt, dann ist es schlecht bestellt um unsere Bildung in der Schweiz», zitiert Mathias Dietz (EVP, Eschlikon) einen Fraktionskollegen. Das Parlament habe die Chance, einen zukunftsgerichteten Entscheid zu fällen, sagt Felix Meier (SP, Romanshorn). «Eigentlich ist die Motion ein Selbstläufer.» Stimmt nicht ganz: Die Vollmitgliedschaft bei Erasmus+ sei zu teuer, sagt Judith Ricklin (SVP, Kreuzlingen). Der Grosse Rat spricht sich trotzdem mit 99 Ja zu 11 Nein für die Standesinitiative aus. (ste)